

Wirtschaftskorrespondenz

FÜR POLEN

Anzeigenannahme für Deutschland: Kurt Waide, Breslau I.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Zloty, im Ausland 2,00 Goldmk monatlich ausschliesslich Bestellgeld, freibleibend. Redaktion, Verlag und Administr. Katowice, M. Piłsudskiego 27 Telefon 168, 1928.

Anzeigenpreise nach festem Tarif. Bei jeder Beirteilung und bei Konkursen fällt jeglicher Rabatt fort. Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien. Bankverbindung: Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Durch höhere Gewalt, Aufruhr, Streiks und deren Folgen hervorgerufene Betriebsstörungen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder Nachlieferung der Zeitung. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Jahrg. V

Katowice, den 7. Dezember 1928

Nr. 81

Achtung! Achtung!

Weihnachts-Nummer

der „Wirtschaftskorrespondenz für Polen“
Ausgabetag 15. Dezember
 Inseraten-Aannahme bis 13. Dezember 1928

Glänzende Propagandamöglichkeit für das Weihnachtsgeschäft!

Das neue Vermögenssteuerprojekt.

G. S. In den Sejmkommissionen wird z. Zt. der Gesetzesentwurf über eine dauernde Vermögenssteuer beraten, die am 1. Januar 1929 einmahlig erhobene Vermögenssteuer treten soll. Der Grund, die alte Vermögenssteuer fallen zu lassen, lag einmal darin, dass die Vermögen übermässig belastet wurden, und dass durch die Wirtschaftskrisis in den Jahren 1925 und 1926 eine wesentliche Verschiebung in den Vermögensverhältnissen eingetreten ist und die damals festgesetzten Sätze den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen.

Auf Grund der alten Vermögenssteuer und der bisherigen Verfügung des Finanzministeriums wurden erhoben:

- 1) von den Steuerzahlern mit einem Vermögen bis 10.000 zł. die gesamte s. Zt. bemessene Steuer,
- 2) von den Steuerzahlern mit einem Vermögenswert über 10.000 zł.:
 - a) von den Vermögen der Kontingentsgruppe 1) (Grundbesitz) die Steuer nach der Skala des Art. 9 des Gesetzes ohne kontingentierte Erhöhung;
 - b) von Vermögen der Kontingentsgruppe 2) (Handel und Gewerbe) die Hälfte dieser Steuer mit der kontingentierten Erhöhung;
 - c) von Vermögen der kontingentierten Gruppe 3) (Verschiedenes) die Steuer gemäss Art. 9 des Gesetzes ohne kontingentierte Erhöhung.

Überdies haben die in Punkt 2a aufgeführten Steuerzahler 2,8 Proz. des für die Steuerbemessung rechtskräftig festgesetzten Vermögenswertes zu bezahlen, die in Punkt 2b/c aufgeführten Steuerzahler 2 Proz. des Vermögenswertes.

Diesem augenblicklichen Stande tragen die Uebergangsbestimmungen des neuen Vermögensprojektes insofern Rechnung, als im Falle der Annahme des Projektes ausser den oben erwähnten Zahlungen keine weiteren Raten auf die ehemalige Vermögenssteuer erhoben werden und der Rest niedergeschlagen werden soll. Nach einer Aufstellung des Przemysl i Handel stellt sich dies ziffermässig folgendermassen dar:

- a) von den Steuerzahlern der Kontingentsgruppe 1 sind an Stelle der vorgesehenen 550 Millionen Zloty 223.800.000 zł. = 40,69 Proz. eingezahlt,
- b) von den Steuerzahlern der Kontingentsgruppe 2 wurde anstatt 412,5 Millionen zł. 283.243.000 zł. = 68,66 Proz. eingezahlt und
- c) von den Steuerzahlern der Gruppe 3 anstelle von 137,5 Millionen zł. 102.925.000 = 74,85 Proz., sodass also insgesamt 609.956.000 zł. eingezahlt wurden, dem gegenüber 490.034.000 zł. gestrichen werden.

Handelsvertragsverhandlungen.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten).

Warszawa, 5. Dezember.

Der Führer der deutschen Handelsdelegation Dr. Hermes ist am Dienstag früh in Begleitung von drei weiteren Herren aus den interessierten Ressorts in Warszawa eingetroffen. Ob auch die deutsche Gesamtkommission in Kürze nach Warszawa kommen wird? Das hängt vom Resultat der Besprechungen ab, die Hermes schon wenige Stunden nach seiner Ankunft mit den polnischen Stellen aufgenommen hat.

Die polnische Presse lässt in Telegrammen ihrer Berliner Berichterstatter das alte Misstrauen gegen die Person des deutschen Verhandlungsführers aufleben und wirft ihm besonders die Rede vor, die er am Tage seiner Abreise im Reichstag zum Schutze der deutschen Landwirtschaft und gegen die Einfuhr von lebendem Vieh nach Deutschland gehalten hat. Man wird hoffen dürfen, dass diese Angriffe, die im Grunde genommen weniger die Person des Verhandlungsführers, als die Verhandlungen selbst belasten, rechtzeitig gestoppt werden, so verschiedener Meinung man auch über die spezielle Eignung des Minister Hermes für die Polenverhandlungen sein mag. Die sachlichen Gegensätze sind — damit mögen sich die Gegner des Vertrages heben, wie drüben trösten — auch schon stark genug. Die offiziöse „Epoka“ setzt sich heute in einem Leitartikel mit den Befürchtungen der deutschen Landwirtschaft vor der polnischen Konkurrenz auseinander und erklärt u. a. wörtlich:

Auf Grund der Aeusserungen der deutschen Presse könnte man annehmen, dass ganz Polen in landwirtschaftlicher Hinsicht ein extensives Gebiet darstelle und daher in der Lage sei, billig zu produzieren, sodass die polnische Konkurrenz die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft untergraben könne. Zur Begründung dieser These werden statistische Daten angeführt, die sich auf die Ostgebiete beziehen, die tatsächlich niedrige Erträge pro Hektar aufweisen. Insbesondere wird erklärt, dass das polnische zur Ausfuhr bestimmte Vieh in kleinen Landwirtschaften gezüchtet wird mit Abfällen, die nichts kosten, sodass dieses Vieh bedeutend billiger sein muss, als das mit vollwertigen Futtermitteln aufgezogene deutsche Vieh. Zu diesen Stimmen ist der Artikel von Woermann gekommen, der allerdings in wissenschaftlicher Weise feststellt, dass der Handelsvertrag der polnischen Landwirtschaft schaden könne. Der Hauptfehler, den die Verfechter der deutschen These dabei begehen, ist die Nichtberücksichtigung der Tatsache, dass nicht alle polnischen Gebiete an der Ausfuhr nach Deutschland teilnehmen können, sondern vor allem die früheren deutschen Gebiete. In diesen Gebieten ist die Landwirtschaft keineswegs billiger und rentabler, als in Deutschland, wobei schon vor dem Krieg die Posen- und Maschiner-Verbrauchs schritt. Der Kampf mit dem polnischen Export könnte nur dann für die deutsche Landwirtschaft gefährlich werden, wenn sie ihr Preisniveau aus Mangel an Konkurrenz zu einem wirtschaftlich nicht

begründeten Niveau hinauftreiben wollte. Dies wäre jedoch, vom Gesichtspunkt des industriellen Deutschland aus betrachtet, unzulässig. Daher sind wir überzeugt, dass die Einfuhr polnischer, landwirtschaftlicher Produkte für die deutsche Landwirtschaft eine wirkliche Gefahr nicht bildet, für das deutsche Wirtschaftsleben aber von grossem Nutzen wäre.

Es wird nun in den Verhandlungen Aufgabe beider Parteien sein, diese Vorteile und Nachteile genau abzuwägen, wobei von vornherein auf Grund der bisherigen Erfahrungen gesagt werden muss, dass ohne eine Portion guten Willens auf beiden Seiten die Schwierigkeiten kaum zu überwinden sein werden.

Ein Prüfstein für das Vorhandensein oder das Fehlen dieses allerwichtigsten Faktors bei diesen Verhandlungen wird die Regelung des Holzabkommens bilden, das zu der ersten Frage gehört, die Minister Hermes in Warszawa zur Besprechung gebracht hat. Das bisherige Abkommen ist bekanntlich am 4. d. M. abgelaufen, und seine Verlängerung wird von Deutschland ebenso wie von Polen angestrebt. Die privaten Besprechungen der interessierten Kreise haben hier bereits wichtige Vorarbeit geleistet. Man darf annehmen, dass auch hier, ebenso wie in der Chorzow-Frage, diese praktischen Aussprachen die amtliche Regelung erleichtert haben werden. Indessen findet man in der polnischen Presse zahlreiche Artikel, die gegen die Verlängerung des Abkommens in seiner bisherigen Form auftreten. So schreibt eine grosse polnische Zeitung, dass Polen nur dann auf eine Fortsetzung seiner bisherigen, dem Staatsinteresse geradezu entgegengesetzten Ausfuhr von Holz, insbesondere im Rohzustande, eingehen dürfe, falls Deutschland seinerseits die Zölle für die Einfuhr von bearbeitetem Holz herabsetzen werde. Gleichzeitig droht die der Regierung nahestehende „Gazeta Handlowa“, dass für den Fall einer Nichtverlängerung des Abkommens die hohen polnischen Ausfuhrzölle automatisch in Kraft treten würden.

(Es wäre geradezu widersinnig, wenn hier kein Definitivum zustande käme, nachdem bereits Uebergangsbestimmungen geschaffen wurden, über die wir als erste Zeitung in Polen und Deutschland berichten konnten. — Die Red.)

Es ist einfach unerfindlich, wie zwei so stark aufeinander angewiesene Gebiete sich jahrelang nebeneinander im heftigen Wirtschaftskampf und ohne die geringste Ordnung in ihren Handelsbeziehungen befinden können. Man wird den gegenwärtig wieder aufgenommenen Besprechungen alles Gedeihen wünschen dürfen, damit das augenblickliche Verhältnis zwischen beiden Ländern zunächst in wirtschaftlicher und, wie man hoffen darf, dann auch in politischer und kultureller Beziehung endlich sich langsam normiert.

L-y.

Wesentlich sind auch die Bestimmungen der Uebergangsvorschriften, die den Finanzminister ermächtigen, die Rückstände der einmaligen Steuer niederschlagen, falls festgestellt wird, dass ihre Eintreibung unmöglich ist, die ihm weiterhin auch ermächtigen, diese Rückstände zu ermässigen.

Anstelle dieser alten Vermögenssteuer soll nun im kommenden Jahr eine dauernde, jedes Jahr neu zu erhebende Vermögenssteuer treten, die aber wesentlich niedriger gehalten ist, als die alte Vermögenssteuer — die Steuersätze betragen nur 4/100 und 5/100 — und

somit die Wirtschaft weit weniger belasten, als die frühere Vermögenssteuer. Um evtl. Aenderungen des Vermögens im Laufe der Zeit Rechnung zu tragen, sieht der Gesetzesentwurf vor, dass alle drei Jahre eine Neueinschätzung des Vermögens vorgenommen wird. Die dreijährigen Schätzungsabschnitte sind aus Ersparnisrücksichten vorgenommen worden, da die Einschätzungen erfahrungsgemäss wesentliche Kosten verursachen.

Nach dem neuen Gesetzesentwurf ist ausländisches Kapital, das als Anleihe nach dem Inlande

strömt, von der Vermögenssteuer befreit.

Ebenso sind von der Besteuerung alle Hauseinrichtungs- und anderen Gegenstände, die zum persönlichen Gebrauch des Steuerzahlers dienen und deren Wert 100.000 Zl. nicht übersteigt, steuerfrei.

Zwecks Erreichung einer möglichst weitgehenden Gleichmässigkeit in der Besteuerung, ist im projektierten Gesetz die Einführung grundsätzlicher Bestimmungen hinsichtlich der Art der Schätzung des Wertes der einzelnen Vermögensgegenstände vorgesehen. Weiterhin ist auch zwecks zufriedenstellender Bearbeitung der Schätzungsnormen ein Schätzungsrat als Begutachter in Aussicht genommen, dem ausser Vertretern des Finanzministeriums, des Ministeriums für Industrie und Handel sowie des Landwirtschaftsministeriums auch Vertreter aller Vermögensarten angehören sollen.

Vermögenswerte, die den Betrag von 10.000 Zl. nicht übersteigen, werden zur Vermögenssteuer nicht herangezogen.

Wie schon oben gesagt, sieht der neue Gesetzesentwurf gegenüber der früheren Vermögenssteuer wesentlich niedrigere Steuersätze vor. Grundsätzlich ist ein einheitlicher Steuersatz in Höhe von 5% in Aussicht genommen und nur bei Vermögen, deren Wert 15.000 Zl. nicht übersteigt, ist ein ermässigtter Steuersatz in Höhe von 4% vorgesehen.

Entgegen den Bestimmungen des früheren Vermögenssteuergesetzes, in dem die Schätzungen des Unternehmens durch Schätzungskommissionen vorgenommen wurden, soll nach dem neuen Gesetzesentwurf die Steuerbemessung in der ersten Instanz durch die Finanzämter vorgenommen werden. Als Grund für diese Massnahme wird angegeben, dass die Schätzungskommissionen ihre Aufgabe nicht in dem erwünschten Masse erfüllt haben und dass trotz des Bestehens der Kommissionen die gesammelte Arbeit zwecks Festsetzung des Vermögenswertes, des Umsatzes und des Einkommens bei den einzelnen Steuern doch auf den Finanzämtern lastet. Als weiterer Grund wird angegeben, dass die Unterlagen, die zur Festsetzung der Höhe des Unternehmens des Umsatzes und des Einkommens erforderlich sind, ausschliesslich durch die Finanzämter gesammelt werden und dass sich die Arbeit der Kommissionen in der Praxis darauf beschränkt, die Anträge des Finanzamtes gut zu heissen und dass die Schätzungen durch die Schätzungskommissionen sehr häufig entweder zu einer übermässigen oder zu einer zu niedrigen Bemessung der Steuerzahler geführt hat, was eine Ungleichmässigkeit der Besteuerung zur Folge hat. Gerade diese Ungleichmässigkeit wäre aber die Hauptquelle der Klagen und Beschwerden der Steuerzahler. Schliesslich wird auch noch angeführt, dass der Finanzbeamte dienstlich für die genaue Anwendung des Gesetzes verantwortlich ist, während dies bei den Mitgliedern der Schätzungskommissionen aus den Kreisen der Steuerzahler nicht der Fall wäre. Man glaubt, dass die Ueberweisung der Steuerbemessung an die Finanzämter deren Verantwortlichkeitsgefühl für die gerechte Steuerbemessung stärken würde, da der Faktor (die Schätzungskommissionen) wegfällt, auf den man sonst die Verantwortung für die ungerechte Versteuerung abwälzen konnte.

In den Berufungskommissionen dagegen soll nach dem Gesetzesentwurf den Steuerzahlern wesentlicher Einfluss dadurch eingeräumt werden, dass sie in dieser Kommission in überwiegender Anzahl vertreten sind. Es soll auf diese Weise den Bürgern ein Einfluss auf zu hohe Einschätzungen und auf die Bemessung der Steuer gesichert werden.

Entgegen den Bestimmungen der früheren Vermögenssteuer sieht der neue Gesetzesentwurf keinen Zwang zur Einreichung der Erklärung für das Vermögen vor, ebenso sind auch keine Strafbestimmungen für den Fall einer nicht fristgemässen Einreichung der Erklärung in Aussicht genommen. Das Projekt räumt lediglich denjenigen Steuerzahlern, die eine Erklärung freiwillig abgeben, bestimmte Vergünstigungen bei der Bemessung, die in Artikeln 34-36 des Gesetzes vorgesehen sind, ein. Die Verpflichtung zur Einreichung unter Androhung einer Strafe ist lediglich in dem Falle vorgesehen, wenn der Steuerzahler eine besondere Aufforderung hierzu erhalten hat.

Weiterhin sieht der Gesetzesentwurf die Möglichkeit einer völligen oder teilweisen Niederschlagung der Steuer im Falle des Verlustes oder der Verringerung des Vermögens aus vom Steuerzahler unabhängigen Gründen vor.

Schliesslich gewähren die Bestimmungen des Art. 5 des Gesetzesentwurfes dem Finanzminister die Möglichkeit, den Steuerzahlern bei der Bezahlung der Steuer Ermässigungen zu gewähren und nicht eintreibbare Steuerschulden niederzuschlagen.

Nach den Aufstellungen des Finanzministers berechnet man die voraussichtlichen Engänge aus der dauernden Vermögenssteuer auf Grund der bisherigen Schätzungen und unter Berücksichtigung derjenigen Faktoren, die einen Einfluss auf die Veränderung der Schätzungen im Sinne des neuen Gesetzes haben werden, wie folgt:

Vermögen	Steuer-satz	Gesamtwert	Steuer
über 10.000—15.000 Zl.	4%	4.553.650.411	18.214.641
„ 15.000	5%	19.998.133.960	79.992.535
		24.551.794.371	98.207.176

Wenn man berücksichtigt, dass, selbst bei schnellster Beschlussfassung über den beantragten Gesetzesentwurf durch die gesetzgebenden Körperschaften, die Steuerbemessung für den ersten Steuerzeitraum, umfassend die Steuerjahre 1929, 1930, 1931, und unter Berücksichtigung der technischen Schwierigkeiten bei der ersten Schätzung der Vermögen, nicht früher als im Frühjahr 1930 beendet sein kann, so besteht zwecks Sicherung des Budgetgleichgewichts die Notwendigkeit, im Jahre 1929 eine Vorschusszahlung auf die bemessene Steuer zu erheben. Der Gesetzesentwurf sieht daher die Erhebung eines Vorschusses vor, der 3 Proz. des tatsächlichen zum Zwecke der Bemessung der

staatlichen Einkommensteuer für das Steuerjahr festgesetzten Einkommens aus fundierten Quellen betragen soll. Dieser eingezahlte Vorschuss wird auf die später berechnete Vermögenssteuer für das Jahr 1929 angerechnet.

Verbandsnachrichten

Offenhaltung der Geschäfte am Sonnabend, den 8. und Sonntag, den 9. Dezember 1928.

Den Bemühungen der Kattowitzer Kaufmannschaft ist es gelungen, für die Offenhaltung der Geschäfte auch Sonnabend, den 8. Dezember er, frei zu bekommen. Danach können also die Geschäfte am Sonnabend den 8. Dezember in der Zeit von 1 bis 6 Uhr geöffnet bleiben. Im Zusammenhang damit ist jedoch die Zeit der Offenhaltung der Geschäfte am Sonntag, den 9. Dezember er, um eine Stunde verkürzt worden, sodass am Sonntag, den 9. Dezember er, die Geschäfte, die ursprünglich an diesem Tage geschlossen bleiben sollten, nur von 1 bis 6 Uhr offen gehalten werden dürfen.

Geldwesen und Börse

Warschauer Börsennotierungen.

Devisen New York 8,90, Dollar 8,88 1/4. Von europäischen Devisen erfuhr Paris eine Abschwächung. Unter den Banken wurde gezahlt: für Danzig 172,95, für Berlin 212,46.

Am Privatmarkt: Dollar 8,88 1/4, Goldrubel 4,63 1/2 sowjetrussischer Czerwonetz 1,85 Dollar.

Umsätze am Aktienmarkt gering, Tendenz gemässigt. Grössere Belegung erfuhr Bank Polski-Aktien, die sich infolge starker Nachfrage von 175,50 auf 180,00 erhöhten. Die 4%-ige Prämieninvestitionsanleihe ging von 116,25 auf 115,00 zurück, desgleichen die 5%-ige Dollarprämienanleihe von 108,25 auf 105,00. Pfandbriefe unverändert.

Auf der Nachbörse notierten: Bank Polski 180, Starachowice 41, Modrzejów 34,75, Lilpopy 39,50, Rudzki 43, Kohle 103, Zucker 49,25.

1. Valuten: Dollar 8,88 1/4 — 8,90 — 8,86 1/4.

2. Devisen: London 43,25 — 43,36 — 43,15, New York 8,90 — 8,92 — 8,88, Prag 26,42 1/4 — 26,48 — 26,36, Schweiz 171,80 — 172,23 — 171,37, Paris 34,85 — 34,94 — 43,77, Italien 46,68 — 46,80 — 46,57, Wien 125,35 — 125,66 — 125,04.

3. Wertpapiere: 10%-ige Eisenbahnleihe 102,50 5%-ige Konversionsanleihe 67,00, 4%-ige Bodenpfandbriefe 49,00, 5%-ige Warschauer Pfandbriefe 54,50 8%-ige Warschauer Pfandbriefe 68,50, 8%-ige Lodzer Pfandbriefe 62,50, 4%-ige Prämieninvestitionsanleihe 115,50, 5%-ige Prämienanleihe 105,00.

4. Aktien: Bank Dyskontowy 134,50, Bank Polski 175,50 — 180,00, Bank Zw. Spółek Zarobk. 83,00 — 82,75, Warsz. Tow. Kop. Węgl. 102,50 — 103,00, Lilpopy 39,00 — 39,50, Modrzejów 34,50, Norblin 211,00, Ostrowiecki 97,00, Starachowice 40,50, Barłowski 15,00

Bilanz der Bank Polski.

Die Bilanz der Bank Polski für die letzte Novemberdekade zeigt einen Goldvorrat in Höhe von 607,9 Millionen Zl. Banknoten, Devisen und ausländische Verpflichtungen erhöhten sich um 9,1 Millionen Zl. auf 701,8 Millionen Zl. Das Wechselportefeuille vergrösserte sich um 10,3 Millionen Zl. auf 623,5 Mill. Zl. Durch Wertpapiere gesicherte Anleihen stiegen um 2,2 Mill. Zl. auf 85,8 Mill. Zl.

Sofort fällige Verpflichtungen (523,9 Mill. Zl.) und der Umlauf an Banknoten (1.269,7 Mill. Zl.) erhöhten sich insgesamt um 29 Mill. Zl., bis zur Summe von 1.802,7 Mill. Zl. Die übrigen Positionen blieben unverändert.

Aenderung der Diskontierungsgrundsätze der Bank Polski.

Der Verband der polnischen Elektroindustrien hielt eine Reihe von Beratungen und Konferenzen ab, auf denen die Frage der Beschränkungen, die von der Bank Polski angewandt werden, besprochen wurde. Die Bank Polski diskontiert nämlich nur kurzfristige Wechsel mit einer Laufzeit von höchstens 3 Monaten. In diesen Beratungen wurde festgestellt, dass für die Elektroindustrie besondere Ausnahmen gelten müssten, da diese auf Grund der besonderen Bedingungen gezwungen ist, Wechsel mit mindestens 6-monatlicher Laufzeit anzunehmen. Es wurde der Beschluss gefasst, sich an den Vorstand der Bank Polski mit einer entsprechend begründeten Eingabe zu wenden.

Stand der Spareinlagen in der P. K. O.

Die Spareinlagen in der PKO. im Monat November zeigen einen besonders bedeutenden Zuwachs an Sparbüchern, sowie auch an Sparbeträgen. Die Einlagen betrugen am 30. November ds. Js. 88,8 Millionen Zl. und sind also im Vergleich zum vorigen Monat um 1,9 Millionen Zl. gestiegen. Sparbücher wurden am 30. 11. — 256.000 gezählt, also 14.000 mehr, als im vergangenen Monat.

Polens Staatsschulden.

Die Gesamtsumme der Staatsschulden betrug am 30. Juni d. Js. 4.107.782.534 Zl. oder 461.496.841,43 Dollar (8,90 Zl. für 1 Dollar). Die Auslandsverpflichtungen belaufen sich auf 3.816.560.012 Zl. oder 428.826.967,64 Dollar. Davon entfallen auf Anleihen 1.240.899.763 Zl. (139.426.939 Dollar 66 Cents), Schulden gegenüber fremden Staaten 2.231.652.444 Zl. (250.747.465,62 Dollar). Schulden gegenüber privaten Instituten 18.821.600 Zl. (2.114.785,52 Dollar). Schulden für Kriegsschäden 325.186.205 Zl. (36.637.775,84 Dollar).

Einfuhr/Ausfuhr/Verkehr

Unterzeichnung des Zusatzvertrages zum polnisch-ungarischen Wirtschaftsabkommen.

Im Aussenministerium erfolgte gestern die Unter-

zeichnung des Zusatzvertrages zum polnisch-ungarischen Wirtschaftsabkommen vom Jahre 1925. Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden seinerzeit in Budapest aufgenommen und während des jüngsten Aufenthaltes der ungarischen Delegation in Warschau, erfolgreich zuende geführt. Der Zusatzvertrag sieht eine weitestgehende Revision des bisherigen Handelsvertrages vor und ist auf Initiative polnischer Wirtschaftskreise zustande gekommen.

Polnisch-ungarischer Handelsverkehr.

Im Jahre 1927 hat Polen nach Ungarn Waren im Werte von 54.259.000 Pengö (1 Pengö = 58 Groschen) eingeführt und war somit an der ungarischen Gesamteinfuhr mit 4,73 Proz. beteiligt. Polen steht unter den Lieferstaaten Ungarns an 5. Stelle. Der Export Ungarns nach Polen betrug im Jahre 1927 — 28.404.000 Pengö (3,55 Proz. des Gesamtexports), was einen bedeutenden Zuwachs bedeutet, da die Ausfuhr im Jahre 1926 um die Hälfte kleiner war.

Aus Polen wurden besonders ausgeführt: Kohle 8.525.723 Ctr. und Zement 7667 Ctr.

Russische Einkäufe in Łódź.

In letzter Zeit haben sich in Łódź Vertreter der russischen Handelsgesellschaften aufgehalten, zweck Auswahl von Waren für Sowjetrussland. Nunmehr halten sich diese in Warschau auf, wo die letzte Einigung über die Verkaufsbedingungen und die Warenmengen für Russland erfolgen soll.

Russische Konkurrenz für die polnische Eieraufuhr.

(„Anz“). Wie wir aus polnischen Exportkreisen erfahren, ist die Ausfuhr von Eiern aus Polen in letzter Zeit stark zurückgegangen. Der Hauptgrund liegt in der Konkurrenz durch die russische Ausfuhr, die grösste Anstrengungen macht, aufnahmefähige Märkte, z. B. Deutschland, wiederzugewinnen und mit Preisen aufwartet, die wesentlich unter den polnischen Preisen liegen. Da die polnische Eieraufuhr auf Grund der Inlandspreise kalkuliert wird, diese aber im Steigen begriffen sind, wobei noch Verpackungsmaterial und sonstige Spesen einkalkuliert werden, stellt sich der Preis für polnische Ausfuhr gegenwärtig auf 31 Dollar pro Kiste mit 1.440 Stück. Erfolgreich kann der polnische Eier-Ausfuhrhandel der russischen Konkurrenz nur begegnen durch systematische Verbesserung der Warenqualität, durch Erhöhung der Produktion und durch schrittweise Herabsetzung der Inlandspreise.

Inld. Märkte u. Industrien

Tagung der polnischen Kaufmannschaft in Warschau.

Am 3. Dezember begann in Warschau unter dem Vorsitz des Herrn Herse eine Tagung der polnischen Kaufmannschaft, die eine beachtliche Beteiligung aufweist.

Auslandsreise polnischer Wirtschaftler.

In der 2. Hälfte des Januar wird unter der Leitung des Direktors des staatlichen Exportinstituts eine Auslandsreise massgebender Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens nach Bulgarien stattfinden. Zweck dieser Reise ist das Bekannwerden mit den bulgarischen Wirtschaftskreisen und die Anknüpfung engerer Handelsbeziehungen mit diesem Lande.

Ein Jahr Naphthasyndikat.

Im November 1927 kam es unter der Aegide des Ministers für Industrie und Handel zu einer Verständigung innerhalb der 10 grössten Raffinerien, unter denen sich auch die staatliche Mineralölfabrik „Polminta“ befindet, zwecks Bildung einer gemeinsamen Naphthaorganisation. Auf Grund deren wurden folgende Verträge mit Gültigkeit bis Ende April 1929 — eine Verlängerung bis April 1933 steht bevor — abgeschlossen:

1. Ein Vertrag über die Regelung des Inlandsabsatzes;
2. ein Rohölvertrag;
3. ein Vertrag über den Kommissionsverkauf von Paraffin im Inlande und nach dem Auslande;
4. einen Vertrag über die Regelung des Verkaufs im Inlande.

Diese Verträge regeln u. a. die Eindeckung der einzelnen Mitglieder des Syndikats mit Rohöl (Rohölabkommen), wie auch die Zuteilung an die einzelnen Syndikatsmitglieder, sowie die Bedingungen und Preise der im Inlande verkauften Naphthaprodukte, und die Zentralisierung des Naphthagrosshandels im Inlande, der vom Syndikat ausgeübt wird. (Abkommen über die Regelung des Verkaufs im Inlande).

Von besonderer Wichtigkeit war der Abschluss des Paraffinvertrages, der den polnischen Industriellen es ermöglichte, im Auslande entsprechende Preise für polnisches Paraffin zu erlangen und eine beachtliche Stellung am Weltmarkt einzunehmen. Dies hatte zur Folge, dass das Ausland bei der Behandlung der wichtigsten Probleme mit Polen rechnet.

Die in letzter Zeit vom Präsidenten des Aufsichtsrats des Syndikats geführten Verhandlungen mit den sogenannten kleineren Raffinerien, d. h. mit den Raffinerien, die bis dato noch nicht zum Syndikat gehören, lassen deren Beitritt in nächster Zeit zum Syndikat erwarten, sodass das Syndikat dann alle Naphthaindustrien umfassen wird.

Augenblicklich ist beim Syndikat das Projekt der Zentralisierung von Schmierölen in Bearbeitung. Dies stellt ein noch ganz neues Problem dar und würde zu einer völligen Gesundung unserer Naphthaindustrie führen.

Die bedeutendste Tat des Naphthasyndikats war die Gründung der Aktiengesellschaft „Pionier“. Diese Gesellschaft hat die Aufgabe, geologische Studien durchzuführen und neue Naphtaquellen der Industrie zu erschliessen, was letzten Endes zu einer Produktions-erweiterung in Polen führen wird.

auf die Monate September bis Dezember. Deshalb sollen diesen Ziffern für das letzte Jahresdrittel des Jahres 1921 die entsprechenden der letzten vier Monate der Jahre 1922 bis 1927 gegenübergestellt werden.

A) Konkurse.

(Im Gesamtgebiete der Czechoslovakischen Republik).

In den Monaten September bis Dezember der Jahre	Zahl†)	Aktiva Passiva Ueberschuldung††)		
		in czechoslovakischen Kronen		
1921	$\frac{71}{51}$	9,411.172	24,809.313	13,693.610
1922	$\frac{251}{178}$	33,951.730	76.898.375	43,209.261
1923	$\frac{190}{135}$	17,866.100	49,020.893	31,402.124
1924	$\frac{163}{120}$	25,299.012	61.808.147	37,744.372
1925	$\frac{150}{119}$	15,791.659	29,715.285	13,923.586
1926	$\frac{154}{109}$	25,663.000	50,910.000	25,247.000
1927	$\frac{151}{97}$	9,162.018	20,084.585	10,922.567

*) Bei der Zahl der Konkurse und Ausgleichsverfahren gibt der Zähler die Gesamtheit der Fälle an, der Nenner bloss

die Anzahl jener Fälle, bei denen die Aktiven und Passiven laut nebenstehenden Spalten sichergestellt werden.

**) Die Ueberschuldungsziffer in den Jahren 1921 bis 1924 deckt sich des öftern nicht mit der Differenz zwischen Aktiven und Passiven aus dem Grunde, weil in den einzelnen Fällen die Aktiven den Passivstand übersteigen. Für die Jahre 1925/1927 gleicht die Ueberschuldung der Differenz zwischen den Gesamtsummen der Aktiven und Passiven, weil von einer eingehenden Berechnung dieser Differenz zwischen den Aktiven und Passiven bei jedem einzelnen Falle vom Konkurs bzw. Ausgleich abgesehen wurde.

†) Siehe die entsprechende nebenstehende Fussnote.
††) Die entsprechende nebenstehende Fussnote findet auch bei diesen 4 Monatsübersichten sinngemässe Anwendung.

B) Ausgleichsverfahren.

(Im Gesamtgebiete der Czechoslovakischen Republik).

In den Monaten September bis Dezember der Jahre	Zahl†)	Aktiva Passiva Ueberschuldung††)		
		in czechoslovakischen Kronen		
1921	$\frac{149}{143}$	69,427.602	126,820.933	58,654.129
1922	$\frac{1502}{1489}$	489,423.652	1.027,479.956	563,917.459
1923	$\frac{615}{629}$	169,298.779	310,712.605	141,592.011
1924	$\frac{600}{594}$	142,979.788	283,385.768	146,886.341
1925	$\frac{626}{619}$	133,656.163	295,814.322	162,158.154
1926	$\frac{764}{749}$	142,180.000	305,798.000	163,618.000
1927	$\frac{633}{681}$	120,475.846	245,718.207	125,242.361

Wenn wir nunmehr zwischen den letzten 4 Monaten des Jahres 1921 vergleichen, so zeigt sich, dass die Ueberschuldungssummen des Jahres 1927 in Anbetracht des Umstandes, dass es sich im Jahre 1921 um dreimal schlechtere Inflationskronen handelte, sehr beträchtlich sind. Auf diesem Gebiete sind wir somit hinter der normalen Vorkriegslage noch um ein gewaltiges Stück zurück. Wenn wir an anderer Stelle bemerkten, dass wir im Jahre 1927 ungeführt den Stand der Vorkriegsproduktion wieder erreichten, so müssen wir nach dem Studium unserer Konkurs- und Ausgleichsstatistik noch ergänzend hinzufügen, dass diese Leistung von noch nicht vollgesunden Wirtschaftseinheiten vollbracht wurde, die in Ansehung der während der Kriegszeit und in den ersten Nachkriegsjahren stattgefundenen Kapitalentwertung zumindest als recht erholungsbedürftig angesprochen werden müssen. Diese Schonungsbedürftigkeit unserer Industrie bis zum Wiederaufbau entsprechend starker Reserven erscheint uns als eine der hauptsächlichsten Voraussetzungen für die so wünschenswerte baldige Aenderung des Bildes unserer Konkurs- und Ausgleichsstatistik im Sinne eines noch recht beträchtlichen Abbaues der Zahlen, die in der Rubrik „Ueberschuldung“ verzeichnet sind. Im Zeitalter der fortwährenden Aenderung der Produktionsmethoden und des Wandels in den Absatzrichtungen unserer Exportgüter, müssten von rechtswegen die einzelnen Betriebe ihr Ideal nicht etwa in der Wiedererlangung der vorkriegszeitlichen finan-

ziellen Eigen-Fundierung sehen, sondern ihr Ziel müsste noch um ein beträchtliches darüber hinausgehen. Die Voraussetzung hierfür lautet in der volkswirtschaftlichen Formulierung: „Kein übermässiger Anteil des Staates in seiner Eigenschaft als Verbrauchswirtschaft am Sozialprodukte der gesamten Wirtschaft“. Privatwirtschaftlich lässt sich dasselbe wesentlich einfacher und allgemein verständlich mit der Forderung: „Herabsetzung des Steuerdruckes auf das Mass der relativen Tragfähigkeit, d. h. unter ständiger Berücksichtigung der Belastung der Industrie und ihrer Träger in den für unsere Konkurrenzfähigkeit massgeblichen Auslandsstaaten“ umschreiben. Erst wenn der Steuereinknehmer an jedem ihm zustehenden Freitische der wertschaffenden Arbeit nicht mehr heischt, als man ihm mit gutem Gewissen im Hinblick auf die weitere gedeihliche Fortführung des Betriebes zu geben vermag, wird sich unsere Konkurs- und Ausgleichsstatistik endgültig von innen heraus zu sanieren vermögen.

Messen u. Ausstellungen

PRAGER MUSTERMESSE.

Zur Eröffnung der Musterlager der P. M. M. Fremde Einkäufer und auch die einheimische Industrie müssen immer mehr und mehr die Notwendigkeit einer Konzentration des esl. Exportes. Fremde Käufer, die zu Zehntausenden alljährlich in die CSR. kommen, beschweren sich über die abseits verstreut liegenden Export-Unternehmungen, zu deren Besuche ganze Tagereisen erforderlich sind. Aus London, Paris, Berlin, ja auch aus Wien sind sie an eine Konzentration des Exportes gewöhnt, welche ihnen schnellen und bequemen Einkauf gestattet. Nunmehr werden auch in Prag derartige Einkaufsquellen geschaffen. Im I. Messenlaste werden neben den selbständigen Expositionen von einhundert unserer erstklassigen Firmen besondere Export-Musterlager der P. M. M. errichtet. Diese selbständige Institution, die in den geräumigen Sälen des südlichen Traktes untergebracht sein wird, soll hauptsächlich mittlere und kleinere Firmen umfassen, denen keine Möglichkeit geboten ist, in direkte Handelsbeziehungen mit den ausländischen Gross-Einkäufern zu treten. Die Muster werden in übersichtlichen Vitrinen, von 1 m² aufwärts an vermietet, nach Fachgruppen untergebracht. Die Musterlager werden einen ganzjährigen, ständig vervollkommenen Dienst für die ausländischen Besucher und unsere Exporteure, also kein totes Museum darstellen. Den Fremden werden gleichzeitig mit den Mustern die seitens der Firmen zur Verfügung gestellten Kataloge, Preislisten, Prospekte, Pläne, Modelle, Photographien etc. vorgelegt und sämtliche Informationen erteilt. Eine eigene Kanzlei wird die schriftlichen Arbeiten, Übersetzungen u. ä. erledigen, wogegen für geschäftliche Verhandlungen und Sitzungen komfortabel ausgestattete Räumlichkeiten reserviert sein werden. Interessenten können schon jetzt im Messenlaste in Prag VII. Veletrzní trida alle näheren Informationen einholen.

Internationale Verkehrs- und Bäderausstellung auf der P. M. M. Im Rahmen der nächstjährigen Frühjahrsmesse (17.-24. März 1929) wird u. a. auch eine grosse internationale Verkehrs- und Bäderausstellung veranstaltet. In der Verkehrsabteilung werden sämtliche grossen Seehäfen, die für den esl. Ueberseehandel in Frage kommen, sowie auch alle in diese Häfen führenden Eisenbahnen ausstellen, wogegen sich in der Bäder-Abteilung alle europäischen grossen Seebäder, sowie sämtliche binnenländischen Weltbäder besonders französische, als Aussteller beteiligen werden.

Deutsche Theatergemeinde Katowice (Stadttheater)

Montag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr
Abonnementvorstellung und freier Kartenverkauf.
Arm wie eine Kirchenmaus
Lustspiel von L. Fodor

Freitag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr
DRINE UND DER ZUFALL
Operette von Gilbert.

Montag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr
Abonnementvorstellung und freier Kartenverkauf.
KABALE UND LIEBE
Trauerspiel von Schiller.

Freitag, den 21. Dezember, abends 7.30 Uhr
Die Nacht des Schicksals
Oper von Verdi.

Freitag, den 25. Dezember, I. Weihnachtstagesfesttag
nachmittags 3.30 Uhr
Kindervorstellung:
Dornröschen
Weihnachtsmärchen von Görner

Dienstag, den 25. Dezember, I. Weihnachtstagesfesttag
abends 7.00 Uhr
Hofmanns Erzählungen
Oper von J. Offenbach.

Freitag, den 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr
Kindervorstellung:
PETERCHENS MONDFAHRT
Märchen von Wassewitz.

Freitag, den 28. Dezember, abends 8 Uhr
Abonnementvorstellung u. freier Kartenverkauf
OKTOBERTAG
von Georg Kaiser.

Tapetenhaus LUDWIG LACHS
Stawowa 11 Katowice Telefon 2405

Tapeten
in moderner Ausführung in allen Preislagen

Farb-, Lack-, Malerartikel
Deka-Farben für Stoffmalerei
Streu-Material

L. ALTMANN
Eisenwarengrosshandlung
Katowice, Rynek 11.
Tel. 24, 25, 26. Gegründet 1865.
Walzeisen, Bleche, Eisenkutzwaren, Beagid, Karbid, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen, Haus- u. Küchengeräte, Einkochapparate und -Gläser Original „Weck“.

Eine Lebens-Erleichterung sind heute die Waschmaschinen

MARYSIA

System T. Podgski (patentiert in allen Ländern, denn sie verändern in jedem Haushalt die komplizierte Funktion des Wäschewaschens in Wäschefässern, die viel Platz einnehmen, in der Küche Unordnung schaffen und im ganzen Raum Feuchtigkeit hervorrufen)

Die Waschmaschinen **„MARYSIA“** sind im Preise und in der Zahlungsweise allen Volksschichten zugänglich, sie schädigen die Wäsche nicht, sparen Zeit und garantieren für Bequemlichkeit und Sauberkeit. Nähere Informationen erteilt:

Firma Stephan, Fröhlich & Klüpfel, Sp. Akc.
KATOWICE, ul. Marsz. Piłsudskiego 46.

TROCADERO
Telefon 553.

Weihnachtsattraktionen

Les Medgyessy amer. Excentriktänze
Dus Constant Mondaintänze
Trio Harrison jugendliche Tänzerinnen
Roma Zielinska Polens beste Tanzsoubrette
Stefa Grabowska
Raoul Ferrari
Mirte Lejoile

Trocadero - Band
ab 16. Dezember:
„Sam Gold Jazz- and Tango-Syncopators“
Americander
Eintritt frei — kein Weinzwang

SONN- und FEIERTAG:
5 Uhr Tee mit Kabarett
Devise „Nimm sovjet du willst!“

PEKA
Papier- und Pappen en gros
Telefon 13-39 KATOWICE ul. św. Jana 4

Ständiges von Lager

„SOLALI“ Erzeugnissen u. zwar:
Zigarettenhüllen u. -Papier
Durchschlagspapier
Indigo- und Karbonpapier
Blumenseiden, Krepprollen
Wachspapier
Fertigrollen
Soi ettenpapier etc. etc.
sowie alle Arten von Packpapier und Pappen.

Billigste Preise! Billigste Preise!

Die Wintersport-Ausrüstung
soll schon jetzt auf Sorgfältigste vervollständigt werden

SKI

-Bretter / Bindungen / Stöcke / Schuhe / Socken
-Füsslinge / Anzüge / Hosen / Windjacken / Handschuhe / Fäustel / Schals / Pullovers Sweaters
-Westen Seehundfelle / Lederöl / Skiwaks etc.

in den besten Qualitäten.

„PERSSONS“
weltberühmte schwedischen Birkenski in grosser Auswahl.

Friemel
Katowice
Dyrekcyna 10

Wand- u. Fussboden-Fliesen
Tonrohre - Dachsteine - Gips
Rohrgewebe - Kalk - Zement
ständiges Lager.

Baumaterialien-Grosshandlung
Paul Friedrich Wiczorek, Katowice
Büro- und Lagerräume:
Marsz. Piłsudskiego (Friedrichstr.) 60.
Tel. 740.